

Entlastungspakete als Dauerübung

Die Kantone budgetieren für 2016 ein Minus von 410 Millionen Franken - die Spitalkosten steigen um vier Prozent

Nichts Neues in den Kassen der Kantone: Für kommendes Jahr rechnen sie mit einem Defizit von 410 Millionen Franken. Weil in einzelnen Bereichen wie dem Gesundheitswesen die Kosten laufend steigen, stehen andere Bereiche dauerhaft unter Druck.

JÖRG KRUMMENACHER

Als letzter Kanton hat diese Woche der kleinste, Appenzell Innerrhoden, sein Budget für kommendes Jahr vorgelegt. Er rechnet wie 18 weitere Kantone mit einem Minus. Noch liegen erst die Budgetvorlagen der Regierungen vor. Manchenorts werden die Kantonsparlamente in den nächsten Wochen Retuschen vornehmen. Doch schon jetzt lässt sich feststellen: Die kantonalen Budgets sehen ähnlich aus wie in den vergangenen Jahren: tendenziell rot, meist nur mit moderaten Fehlbeträgen, mit einzelnen Ausreissern nach oben und nach unten.

Bern im Plus, Zug im Minus

Das weitaus positivste Budget weist mit einem Plus von 225 Millionen Bern aus, ausgerechnet jener Kanton, der im nationalen Finanzausgleich (NFA) die meisten Gelder bezieht: 2016 werden es 1,27 Milliarden Franken sein. Auf der entgegengesetzten Seite findet sich mit einem budgetierten Minus von 176 Millionen Franken Zug als klassischer Geberkanton: Er wird 326 Millionen Franken in den Finanzausgleich einzahlen müssen. Das ist Wasser auf die Mühlen jener, denen der NFA-Kompromiss der eidgenössischen Räte vom vergangenen Juni sauer aufgestossen ist. Die vier Kantone (Zug, Schwyz, Nidwalden und Schaffhausen), die vergeblich versucht haben, den Beschluss mit dem Kantonsreferendum zu Fall zu bringen, budgetieren allesamt rote Zahlen.

Andererseits hat Bern seine Hausaufgaben samt Entlastungspaket gemacht und will weiter Schulden abbauen. Kantone wie Zug oder Schwyz stossen hingegen mit ihrer Tiefsteuerpolitik an Grenzen. Ist die finanzielle Speckschicht einmal aufgebraucht, sind Steuererhöhungen kein Tabu mehr. So beantragt die Schwyzer Regierung für 2016 eine Erhöhung des Steuerfusses um 25 auf 170 Prozent, und Zug ist bereit, Steueranpassungen für spätere Jahre ins Auge zu fassen. Das sei durchaus verkraftbar, sagt Michael Grass vom Wirtschaftsforschungsinstitut BAK Basel: «Im internationalen Vergleich bleiben die Zentralschweizer Kantone auch mit etwas höheren Steuern sehr wettbewerbsfähig.»

Betrachtet man die offiziellen Budgetzahlen, so ziert Basel-Stadt mit einem aussergewöhnlich hohen Minus von 932 Millionen Franken das Ende der Tabelle. Darin enthalten ist jedoch eine Milliarde Franken zur Ausfinanzierung der Pensionskasse. Die hier vorgelegte

Budget-Übersicht ist um solch einmalige Sonderfaktoren bereinigt, womit sich für Basel-Stadt ein positiver Saldo ergibt. Korrekturen wurden auch für das halbe Dutzend Kantone vorgenommen, die mit Eigenkapital- oder Reservebezügen ihr Ergebnis schönen; die entsprechenden Bezüge, wie sie beispielsweise Zug oder St. Gallen ausweisen, sind nicht berücksichtigt.

Seit 2011, nach sieben fetten Jahren, schreiben die Kantone jedes Jahr rote Zahlen in gleichmässiger Höhe mit einem Gesamttotal zwischen 400 und 800 Millionen Franken. Das gilt sowohl für die Budgets wie für die effektiven Abschlüsse; augenfällig ist dabei eine hohe Budgetgenauigkeit. Auf relativ konstantem Level bewegen sich auch die Investitionen: Für nächstes Jahr sind insgesamt 5,3 Milliarden Franken veranschlagt, das sind 0,3 Milliarden weniger als für das laufende Jahr.

Enges Korsett

Beinahe alle Kantone schlagen sich mit Entlastungsprogrammen herum, haben diese schon hinter, wie Zürich noch vor sich - oder beides zusammen. Luzern etwa bewegt sich mittlerweile in einem Dauer-Sparmodus. Nur dank den Entlastungspaketen gelingt es, den Staatshaushalt im Gleichgewicht zu halten. Der Spielraum ist zusehends kleiner, die Unsicherheiten nehmen zu (Nationalbank-Ausschüttungen, Unternehmenssteuerreform). Immer enger sind die Kantone eingespannt in den Schraubstock von Kosten, über die auf Bundesebene entschieden wird und die sie kaum beeinflussen können. Wollen sie steuerlich attraktiv bleiben, bleibt oft nur der Abbau kantonaler Leistungen; Sparpotenziale, die nicht weh tun, sind inzwischen in den meisten Kantonen ausgereizt.

Insgesamt aber steigen die Ausgaben der Kantone weiter an: in den Budgets 2016 auf ein Total von 87,5 Milliarden Franken. Das sind 1,1 Prozent mehr als in den Voranschlägen 2015. Deshalb wird umverteilt: Mit Kürzungen in den einen werden steigende Ausgaben in anderen Bereichen kompensiert. Deutlich höhere Kosten sind 2016 im Sozialbereich, beim öffentlichen Verkehr oder im Gesundheitswesen veranschlagt.

Spitalausgaben markant höher

Dabei lohnt der Blick auf die Spitalkosten, die einen Zehntel der Staatsausgaben ausmachen. Der Thurgau beispielsweise rechnet für 2016 mit einer Steigerung seiner Aufwendungen für inner- und ausserkantonale Listenspitäler um satte 16 Prozent, und dies unter anderem mit einer offensiveren Budgetierung, da die Spitalkosten in den letzten Jahren stets stärker als erwartet angestiegen seien. Obwalden budgetiert aus demselben Grund einen Anstieg um 12 Prozent. Insgesamt prognostizieren die Kantone für 2016 eine Erhöhung ihrer Ausgaben für die Spitalversorgung um 350 Millionen Franken oder gut vier Prozent. Auffallend: Die Deutschschweizer Kantone erwarten eine Zunahme um fünf, die Westschweizer Kanton nur um knapp zwei Prozent.

Der Anstieg gründet nicht nur in den kontinuierlich steigenden

Gesundheitskosten, sondern auch in der Umsetzung der neuen Spitalfinanzierung gemäss dem revidierten Krankenversicherungsgesetz. Demnach müssen die Kantone ihren Anteil an den stationären Spitalleistungen bis spätestens 2017 auf mindestens 55 Prozent erhöhen. Bisher sind nur zehn Kantone auf diesem Prozentsatz angelangt, die anderen 16 müssen nachlegen und entsprechende Mehrauslagen budgetieren.